

# ANTRAG

## auf Erteilung einer

Zutreffendes bitte ankreuzen

Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 Gaststättengesetz  
Stellvertretungserlaubnis nach § 9 Gaststättengesetz  
befristet  
unbefristet

## zum Betrieb

einer Schankwirtschaft  
einer Speisewirtschaft  
eines Beherbergungsbetriebes  
Gleichzeitig wird eine vorläufige Erlaubnis nach § 11 Gaststättengesetz beantragt

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gaststättenrechtlichen Konzessionsverfahren nach § 10 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz

### Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung

Wer ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GasG) betreiben will, bedarf einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1, § 9, § 11 oder § 12 Abs. 1 GasG.

Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

### Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst die für das Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen. Folgende Behörden werden von der Erlaubnisbehörde beteiligt:

- a) Die örtlich zuständigen Ordnungsbehörden des jetzigen und ggf. des früheren Wohn- und/oder Betriebssitzes,
- b) die für den Betriebsort zuständige **untere Bauaufsichtsbehörde**, ggf. die für den **Arbeitsschutz zuständige Behörde** bei vorgesehener Beschäftigung von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter) sowie die **Lebensmittelaufsichtsbehörde** (im Falle einer Schank- oder Speisewirtschaft).

Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluß des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet:

Örtliche Ordnungsbehörde durch Zweitschrift des Erlaubnisbescheides mit Anlagen. Untere Bauaufsichtsbehörde, die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde. Lebensmittelüberwachungsbehörde und- bei ausländischen Antragstellerinnen oder Antragstellern – die Ausländerbehörde durch formlose Mitteilung ohne Anlagen, soweit diese Behörden am Antragsverfahren beteiligt worden sind. Dem zuständigen Finanzamt wird lediglich von befristeten Erlaubnissen eine entsprechende Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993-BGBl. I S. 1554).

## 1 Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers bzw. der Vertreterin oder des Vertreters der juristischen Person oder des nichtrechtsfähigen Vereins und bei einer Stellvertretungserlaubnis, Personalien der Stellvertreterin oder oder des Stellvertreters

(Bei mehreren Antragstellerinnen oder Antragstellern bzw. Vertretungsberechtigten ist Nummer 1 dieses Antrages für jede Person auszufüllen).

Familienname und Geburtsname, falls dieser vom Familiennamen abweicht

.....

Vorname(n) .....

Geburtstag u.-ort: .....

Staatsangehörigkeit ..... Telefon .....

Wohnsitz .....

Früherer Wohnsitz .....

(nicht länger als 3 Jahre zurückliegend)

**Bei Antragstellung für juristische Personen/Gesellschaften/nichtrechtsfähige Vereine:**

Firma/ Vereinsname

.....

Betriebssitz .....

.....

eingetragen im Handelsregister/Genossenschaftsregister beim Amtsgericht

in .....

am/unter Nummer .....

(Auszug aus dem Register beifügen)

Ausübung des Gaststättengewerbes als Inhaberin/Inhaber eines Einzelunternehmens  
bzw. als Vertretungsberechtigte/Vertretungsberechtigter einer juristischen Person/  
Gesellschaft/eines nichtrechtsfähigen Verein in den letzten 3 Jahren  Ja  Nein

Firma/Vereinsname .....

Betriebssitz: .....

Antrag auf Erteilung eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde ist gestellt

Ja  Nein

Bei ausländischen Antragstellerinnen/Antragstellern:  
Führungszeugnis/Leumundszeugnis oder Auszug aus der amtlichen  
Strafliste (Strafregister) des Heimatstaates ist beantragt  Ja  Nein

Antrag auf Erteilung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister ist  
gestellt  Ja  Nein

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes   
liegt bei   
wird nachgereicht

Ist ein Strafverfahren anhängig?  Ja  Nein

Ist ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen in Zusammenhang mit einer  
gewerblichen Tätigkeit anhängig?  Ja  Nein

Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung  
Anhängig?  Ja  Nein

Unterrichtungsnachweis nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 GastG   
liegt bei   
wird nachgereicht

## 2 Angaben zum Betrieb

Neuerrichtung des Betriebes

Übernahme eines laufenden Betriebes

Betriebssitz: .....  
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, ggf. Etage, Nebengebäude, Standort usw.)

Telefon: .....

Beschäftigung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ist vorgesehen

Vorgesehene besondere Betriebsart .....

Besonderheiten für einzelne Räume oder Betriebsteile .....

.....

Einschränkungen für das Verabreichen von Getränken und/oder zubereiteten Speisen

.....

.....

Abweichungen von der gesetzlichen Sperrzeitregelung .....

Befristung der Erlaubnis .....

## 3 Anzahl und Lage der Betriebsräume

(bei Platzmangel die geforderten Angaben bitte auf einem Extrablatt als Anlage dem Antrag beifügen)

Zweckbestimmung	Anzahl	Raum Nr.	Lage/Etage	Grundfläche in m <sup>2</sup>	Deckenhöhe in m	
Schank- und Speiseräume						
Beherbergungsräume						
Betten insgesamt:						
Küchenräume						
Kochküche						
Lebensmittellager						
Lebensmittelkühlräume						
Sonstige Betriebsräume <i>Freizeitanlagen</i>						
Toilettenanlagen				Sitzbecken		
				Damen	Herren	
	Gästetoiletten				Urinale	
					lfd. m.	
Beschäftigtoiletten						

Lageplan (Maßstab 1 : 500), Grundrisse und Schnitte (Maßstab 1:100) sind beigefügt

Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Mir/Uns ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben zur Versagung der beantragten Erlaubnis oder zum Widerruf der erteilten Erlaubnis führen können. Die Hinweise über die Verarbeitung personenbezogener Daten habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller

**Hinweis:**

Für die Erteilung der Gaststättenerlaubnis ist eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 80,00 € bis 1.700,00 €, bei Großbetrieben bis 3.000,00 € zu zahlen.